

Protokoll
über die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 09.12.2004

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzende

Sembritzki, Erika PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna	PDS
Lüdtke, Hannelore	SPD
Meslien, Daniel	SPD
Nagel, Cornelia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian	CDU
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger
Schulz, Andreas	PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Schulz, Günter
Seifert, Heike
Selke, Achim

Gäste

Marksteiner, Klaus

CDU

Leitung: Erika Sembritzki**Schriftführer:** Katy Berend**Festgestellte Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 4. Sitzung vom 11.11.2004 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2005
- 4.1. Projekt Vergabe von Fördermitteln
5. Umsetzung des SGB II
6. Konzept zur Arbeit des kommunalen Präventionsrates
Vorlage: 00079/2004
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Frau Sembritzki eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Tagesordnung wird der Einladung entsprechend bestätigt.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 4. Sitzung vom 11.11.2004 (öffentlicher Teil)**

Das Protokoll der 4. Sitzung wird ohne Änderungen bestätigt. Das Schreiben der Comtact GmbH, das dem Protokoll versehentlich nicht beigelegt wurde, wird den Mitgliedern zu Beginn der Sitzung ausgehändigt.

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Junghans informiert über den derzeitigen Sachstand zur Vergabe der Fördermittel. Demnach wurde der Beschluss des Hauptausschusses vom 16. 11. 2004 weiterentwickelt, so dass jetzt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung die Mittel anteilig für das I. Quartal 2005 auf der Basis der Ansätze des Jahres 2004 an die Vereine und Verbände ausgereicht werden können. Die Bewilligungsbescheide werden derzeit vorbereitet. Aussagen für den Zeitraum danach können erst nach Entscheidung der Stadtvertretung zum Haushaltsplanentwurf getroffen werden. Unabhängig davon erfolgt die Überarbeitung der Prioritätenliste im Rahmen eines von der Verwaltung initiierten Projektes, so dass dem Punkt 2 des Beschlusses des Hauptausschusses vom 16. 11. 2004 ebenfalls entsprochen wird. Über Details wird die Verwaltung im TOP 4.1 ausführlich informieren.

Frau Sembritzki weist ergänzend darauf hin, dass der in dieser Angelegenheit von der PDS für die Stadtvertretung am 6. 12. 2004 vorbereitete Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit nicht die erforderliche Mehrheit fand, so dass eine inhaltliche Diskussion in der Stadtvertretung nicht geführt wurde.

zu 4 **Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2005**

Frau Sembritzki begrüßt den Kämmerer, Herrn Bartsch, und Frau Petznik, Sachbearbeiterin in der Kämmererei, die die Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfes 2005 insgesamt und die Schwerpunkte im sozialen Bereich erläutern werden.

Seitens der Verwaltung wird zugesichert, den Ausschussmitgliedern die vorbereitete Präsentation in Papierform nachzureichen.

Im Anschluss an die Ausführungen der Verwaltung wird um die Aussage gebeten, wie hoch die Gesamtkosten der Stadt sein werden, die für das SGB II im Jahr aufzuwenden sind. Herr Junghans legt dar, dass derzeit davon ausgegangen wird, dass 90 % der bisherigen Sozialhilfeempfänger als erwerbsfähig im Sinne des SGB II gelten und sich der ab Januar 2005 zu betreuende Personenkreis und die dafür aufzuwendenden Kosten für die Stadt entsprechend verringern. Demgegenüber stehen die Kosten der Unterkunft für alle Anspruchsberechtigten nach dem SGB II, für die die Kommune zukünftig aufkommen muss. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Zuweisungen des Landes hofft die Stadt dennoch auf eine Entlastung des städtischen Haushaltes.

Die Schwierigkeiten der Verwaltung, die Aufwendungen im Pflichtbereich zu senken und mehr Mittel für freiwillige Leistungen bereitstellen zu können, verdeutlicht Herr Junghans an den Beispielen der Suchtkrankenhilfe, dem Bereich Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und der Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen. So muss sich beispielsweise zukünftig die Frage gestellt werden, für wie viele Therapien eines Suchtkranken die Stadt aufkommen muss, wenn der Wille des Patienten nicht erkennbar ist.

Herrn Woywode vermisst konkrete Aussagen zum derzeitigen Ausgabenstand. Den Forderungen nach Controlling und stärkerem Kostenbewusstsein der Mitarbeiter in der Verwaltung stimmt Herr Junghans zwar grundsätzlich zu, verweist aber darauf, dass durch das Ansteigen von Fallzahlen überplanmäßige Ausgaben auch dann nicht vermieden werden können.

Im Ergebnis der Diskussion wird deutlich, dass nur in der gemeinsamen Betrachtung von freiwilligen und Pflichtaufgaben Reserven aufgedeckt werden können. Um Möglichkeiten zu haben, die Ausgaben im Pflichtbereich mindern zu können, muss der präventive Bereich gestärkt werden. Seitens der Verwaltung wird dieser Ansatz unterstützt, allerdings fehlt zur Umsetzung derzeit der finanzielle Bewegungsspielraum. Die Verwaltung kündigt an, stärker als bisher die Beratungskompetenz des Ausschusses für Soziales und Wohnen auch im Pflichtbereich in Anspruch zu nehmen.

Zur Vorbereitung auf die nächsten Haushaltsplangespräche bittet die Verwaltung, Fragen bereits im Vorfeld mitzuteilen.

zu 4.1 Projekt Vergabe von Fördermitteln

Herr Block informiert, dass sich die Projektgruppe zur Vergabe der Fördermittel erstmals am 3. 12. 2004 getroffen hat. Beteiligt waren Frau Sembritzki als Ausschussvorsitzende, die Vorsitzenden des Behinderten- sowie des Seniorenbeirates, Herr Rehmer und Herr Burmeister, Frau Lüdtker und Herr Baumotte sowie seitens der Verwaltung Herr Block und Herr Selke. Einigkeit wurde zunächst dahingehend erzielt, im Rahmen dieser Gruppe einen Vorschlag zu erarbeiten, der dem Ausschuss für Soziales und Wohnen vorgelegt wird. Erst im Anschluss daran sollen die freien Träger einbezogen werden. Das nächste Treffen ist für den 17. 12. 2004 geplant. Die Verwaltung sichert auf Nachfrage zu, dass das Arbeitsergebnis auch die von den Ausschussmitgliedern geforderte Auflistung aller Vereine und Verbände enthalten wird.

Die Entscheidung über die Zusammensetzung der Projektgruppe wird von einigen Ausschussmitgliedern kritisch hinterfragt. Frau Sembritzki macht deutlich, dass nicht die politische Gewichtung, sondern die fachliche Kompetenz im Vordergrund stand.

Am Ende der darüber geführten Diskussion spricht der Ausschuss den an der Projektgruppe Beteiligten das Vertrauen aus.

zu 5 Umsetzung des SGB II

Herr Junghans berichtet, dass der Vertrag zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft am 19. 11. 2004 von der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Schwerin, Frau Woythe, und dem Oberbürgermeister, Herrn Claussen,

unterzeichnet wurde. Auf Initiative der Stadt wurde der Beirat als drittes Organ der Arbeitsgemeinschaft im Vertrag aufgenommen. Informationen über die Zusammensetzung des Beirates werden für Anfang des Jahres 2005 zugesichert. Die Landeshauptstadt wird über 60 Mitarbeiter, überwiegend aus dem Sozialbereich, in die Arbeitsgemeinschaft entsenden. Der Umzug der Mitarbeiter in die Räume der Arbeitsgemeinschaft am Margarethenhof ist für Ende Januar 2005 anvisiert. Sicherergestellt ist, dass die Anspruchsberechtigten nach dem SGB II ab 3. 1. 2005 am Margarethenhof betreut werden können. Die Konstituierung der Trägerversammlung wird am 16. 12. 2005 erfolgen.

Der Antragsrücklauf beträgt derzeit 91 %. Von den 3.323 eingegangenen Anträgen wurden bereits 2.337 datentechnisch erfasst, obwohl das Programm A2LL nach wie vor nicht reibungslos läuft. Stichtag zur vollständigen Antragsbearbeitung ist der 20. 12. 2004.

Frau Sembritzki bittet die Verwaltung, in der künftigen Berichterstattung den in der Stadtvertretung am 6. 12. 2005 gefassten Beschluss zu den Auswirkungen des SGB II zu berücksichtigen. Die Verwaltung sichert eine dementsprechende Berichterstattung zu, schränkt aber ein, dass nicht alle geforderten Daten bereits ab Januar 2005 zur Verfügung stehen werden.

zu 6 Konzept zur Arbeit des kommunalen Präventionsrates

Vorlage: 00079/2004

In Ergänzung der Ausführungen in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 11. 11. 2004 informiert Frau Seifert, dass der Rat für Kriminalitätsvorbeugung in seiner Sitzung am 23. 11. 2004 das Konzept beraten und den Vorschlag der Verwaltung akzeptiert hat. Herr Woywode fügt hinzu, dass das Protokoll der Sitzung am 23. 11. 2004 als Grundlage für die im Konzept vorzunehmenden Veränderungen seitens der Verwaltung dient. So sollen die Stadtelternräte Kita und Schulen als Mitglieder ergänzt werden. Die Verwaltung sichert zu, dem Ausschuss das Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Die Notwendigkeit der Beteiligung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am Kommunalen Präventionsrat wird seitens der Verwaltung nicht gesehen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Konzept mit der zusätzlichen Aufnahme des Stadtelternrates für Kindertageseinrichtungen Schwerin und des Stadtelternrates für Schulen als Mitglieder im Kommunalen Präventionsrat einstimmig zu.

zu 7 Sonstiges

Es werden keine Informationen gegeben.

Erika Sembritzki

Ausschussvorsitzende

Katy Berend

Protokollführerin